



Presseinformation

Nr. 361/2007

Kiel, Mittwoch, 5. Dezember 2007

Freiheitsrechte/Fluggastdatenspeicherung/Sitzung des
Rechtsausschusses des Bundesrates

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Wolfgang Kubicki: „Die Landesregierung muss sich von den Plänen der EU zur Fluggastdaten- speicherung deutlich distanzieren“

Zur morgigen Behandlung des Vorschlages der EU für einen Rahmen-
beschluss des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-
Daten) zu Strafverfolgungszwecken im Rechtsausschuss des Bundesrates,
erklärte der Vorsitzende der FDP-Fraktion und Oppositionsführer im
Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Wolfgang Kubicki**:

„Wir erwarten den deutlichen Widerspruch der Landesregierung zu den
Plänen der EU zur Fluggastdatenspeicherung, wenn dieses Thema heute
und am 20. Dezember im Deutschen Bundesrat behandelt wird“, sagte
Kubicki.

„Es ist nicht hinzunehmen, wenn Verkehrsdaten von sämtlichen die EU-
Grenzen überquerenden Personen über Jahre hinweg in einer Datei
gespeichert werden, ohne dass sie hierfür einen konkreten Anlass geliefert
haben. Es ist aber ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur ‚Jedermann-
überwachung‘“, so der liberale Rechtspolitiker weiter.

Der Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein habe in seiner
Stellungnahme zu Recht auf die gravierenden Grundrechtseingriffe und den
zu befürchtenden wirtschaftlichen Schaden hingewiesen.

„Wir geben der Landesregierung mit unserem Antrag die Gelegenheit,
gegenüber dem Landtag ihre Auffassung zu dem Vorschlag über den
Rahmenbeschluss des Rates kund zu tun. Alles andere als ein klares Nein zu
diesen Plänen wäre ein Skandal“, so Kubicki abschließend.

Eine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten zu diesem Thema finden
Sie unter:

[https://www.datenschutzzentrum.de/flugdaten/20071204-rahmenbeschluss-
pnr.html](https://www.datenschutzzentrum.de/flugdaten/20071204-rahmenbeschluss-pnr.html)



Antrag

der Fraktion der FDP

Berichts Antrag zum Rahmenbeschluss des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Strafverfolgungszwecken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 28. Tagung des Landtages über den Stand des Verfahrens über den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zu Strafverfolgungszwecken (Bundesratsdrucksache 826/07) zu berichten.

Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert zu berichten, wie sie die in der Bundesratsdrucksache 826/07 aufgeführten Regelungen zur Verwendung von Fluggastdaten beurteilt.

Günther Hildebrand
und Fraktion